



## Suchergebnisse: Bundesrepublik Deutschland

### 5. Januar 1876 – Konrad Adenauer wird in Köln geboren

Köln \* Konrad Adenauer, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Köln geboren.

### 4. Februar 1897 – Ludwig Erhard wird in Fürth geboren

Fürth \* Ludwig Erhard, der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, wird in Fürth geboren.&nbsp;

### 6. April 1904 – Kurt Georg Kiesinger wird in Ebingen in Württemberg geboren

Ebingen \* Kurt Georg Kiesinger, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, wird in Ebingen in Württemberg geboren.

### 18. Dezember 1913 – Willy Brandt wird als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren

Lübeck \* Willy Brandt, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und SPD-Vorsitzende, wird als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren.

### 23. Dezember 1918 – Helmut Schmidt wird in Hamburg geboren

Hamburg \* Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, wird in Hamburg geboren.

### 30. August 1922 – Konrad Adenauer widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber

München \* Der Präsident des Katholikentages, der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber zwar erst drei Tage später, verwahrt sich



aber immerhin öffentlich gegen diese Aussagen: „Es sind hie und da Äußerungen gefallen, die man sich aus Verhältnissen örtlicher Natur erklären kann, hinter denen aber die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht. [...] Es verrät Mangel an historischem Blick, die heutige Verfassung verantwortlich zu machen für die heutigen Zustände“. Denn, so Adenauer weiter: „Wenn im Herbst der Wind die Blätter von den Bäumen fegt, so ist der Wind nur der Anstoß, denn die Blätter waren alt und müde, und wenn der Sturm Äste und Bäume bricht, so war der Sturm bloß der Anstoß, denn die Bäume und Äste waren alt, denn wären sie nicht morsch und lebensschwach gewesen, so hätten sie den Sturm überdauert.“ Und der Rheinländer setzte noch einen drauf, als er sagte: „Wie ich an das Walten einer Gerechtigkeit glaube, so glaube ich auch daran, daß etwas, was gut und stark ist, nicht untergehen kann“. Jetzt wird Kardinal Faulhaber richtig zornig. „Herr Oberbürgermeister“, herrscht der Münchner Erzbischof den späteren Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wie einen Schuljungen an: „Sie haben unserem König nicht die schuldige Achtung erwiesen“. In einer Denkschrift hält Konrad Adenauer die Gefährlichkeit der Haltung und Auffassung des Kardinals in aller Deutlichkeit fest: „Die Haltung des Kardinals Faulhaber ist unverträglich mit den Interessen des deutschen Katholizismus. Er muß entweder eine grundsätzliche Schwenkung einnehmen oder dazu angehalten werden, sich jeder politischen Betätigung auf das Strikteste zu enthalten“.

### **3. April 1930 – Helmut Kohl wird in Ludwigshafen geboren**

Ludwigshafen \* Helmut Kohl, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Ludwigshafen geboren.

### **7. April 1944 – Gerhard Schröder wird in Blomberg geboren**

Blomberg \* Gerhard Schröder, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und SPD-Vorsitzende, wird in Blomberg geboren.

### **23. Februar 1946 – Adenauer: „Die Bischöfe hätten viel verhindern können“**

Bonn \* Konrad Adenauer, ein entschiedener Katholik und späterer Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, schreibt an Pastor Bernhard Custodis in Bonn über die Bischöfe im Dritten Reich die nachfolgenden Zeilen: „Ich glaube, dass, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine



Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das keine Schande, im Gegenteil. Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt man besser.“

---

### **1. Dezember 1946 – Das Volk stimmt der Bayerischen Verfassung zu**

München - Freistaat Bayern \* In einer Volksabstimmung wird die unter der Führung des SPD-Politikers Wilhelm Hoegner ausgearbeitete Bayerische Verfassung mit einer Mehrheit von 70,6 Prozent angenommen. Die Verfassung des Freistaates Bayern regelt die Selbstständigkeit des Freistaates als Land der Bundesrepublik Deutschland.

---

### **29. März 1948 – Die Bayernpartei - BP erhält ihre Lizenz**

München \* Mit der Lizenzierung der Bayernpartei - BP am 29. März 1948 erwächst der CSU in Bayern eine nicht ganz ungefährliche Konkurrenz. Unter der Führung von Joseph Baumgartner, der von 1945 bis 1947 der CSU angehört hatte, kämpft die Bayernpartei für einen selbstständigen bayerischen Staat, bekämpft den Bonner Zentralismus und lehnt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ab.

---

### **1. Juli 1948 – Der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung**

Frankfurt am Main \* Im Verwaltungsgebäude der I.G. Farbenindustrie in Frankfurt am Main, dem Sitz des US-amerikanischen Hauptquartiers, treffen sich auf Anweisung der drei Militärgouverneure der westlichen Siegermächte die elf westdeutschen Ministerpräsidenten. Ihnen wird - wie Befehlsempfänger - der Auftrag erteilt, bis zum 1. September 1948 eine „Verfassungsgebende Versammlung“ für die künftige Bundesrepublik Deutschland einzuberufen. Diese muss eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten schafft.

---

### **1. September 1948 – Der Parlamentarische Rat nimmt seine Arbeit auf**

Bonn \* Der Parlamentarische Rat beginnt im Museum Alexander Koenig in Bonn mit der Formulierung des Grundgesetzes. Den elf westdeutschen Ministerpräsidenten war am 1. Juli 1948 von den drei Militärgouverneuren der westlichen Siegermächte der Auftrag für eine

---



Verfassungsgebende Versammlung für die künftige Bundesrepublik Deutschland erteilt worden.

### **8. Mai 1949 – Der Parlamentarische Rat beschließt die Vorlage des Grundgesetzes**

Bonn \* Der Parlamentarische Rat in Bonn beschließt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es wird in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 zur Zustimmung den Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder vorgelegt.

### **20. Mai 1949 – Der bayerische Landtag und die CSU lehnen das Grundgesetz ab**

München - Freistaat Bayern \* Nach mehr als vierzehn Stunden heftiger und leidenschaftlicher Diskussion beschließen die Abgeordneten des Bayerischen Landtags die Ablehnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Von den 174 Abgeordneten stimmen 64 mit „Ja“, 101 mit „Nein“, 9 „enthalten“ sich. Die Ablehnung erfolgt aufgrund einer Empfehlung der bayerischen Staatsregierung. Große Teile der regierenden CSU empfinden das Grundgesetz in seiner vorliegenden Fassung als Angriff auf die Eigenständigkeit Bayerns.

### **23. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird verkündet**

Bonn - Bundesrepublik Deutschland \* Der Parlamentarische Rat stellt in öffentlicher Sitzung fest, dass das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist. Das Grundgesetz wird - nach der Ratifizierung durch alle anderen Bundesländer - in einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates verkündet. Es tritt mit Ablauf des Tages in Kraft.

### **24. Mai 1949 – Das Grundgesetz schafft in der BRD die Todesstrafe ab**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Die Todesstrafe wird durch das Grundgesetz in der Bundesrepublik Deutschland mit Artikel 102 abgeschafft. Zwischen 1946 bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes werden 125 Todesurteile gefällt und davon 24 vollstreckt.

### **24. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft**



Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Seit 0:00 Uhr ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland rechtskräftig.

---

#### **14. August 1949 – Ergebnis der ersten Bundestagswahl 1949**

Bundesrepublik Deutschland -Bonn \* Bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem Bundeskanzler-Kandidaten Konrad Adenauer 31,0 Prozent und 139 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Kurt Schumacher erringt 29,2 Prozent der Stimmen und 131 Sitze. Die FDP bekommt 11,9 Prozent und 52 Sitze. Die DKP kommt auf 5,7 Prozent und 15 Sitze. Insgesamt sind zehn Parteien im Deutschen Bundestag mit Abgeordneten vertreten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP.

---

#### **1950 – Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 136 Liter**

Bundesrepublik Deutschland \* Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 136 Liter.

---

#### **1951 – Das Gesetz über Wohnungseigentum ermöglicht Eigentumswohnungen**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Das Gesetz über das Wohnungseigentum ermöglicht den Wunsch nach einer „dinglichen Sicherung von Wohnräumen für den Wohnungsinhaber“. Damit besteht erneut die Möglichkeit der Teilung von Gebäuden in Bruchteiligentum.

---

#### **1953 – Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes**

Bundesrepublik Deutschland \* Nach dem Zweiten Weltkrieg geht es an den Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes. Ein wichtiger Schritt dazu ist das Edelmetall-Motordrehwähler-System der Firma Siemens. Dem elektromagnetischen folgt das Elektronische Wählsystem, das zum digitalen System führt.

---

#### **1953 – Verheiratete Frauen dürfen ein Bankkonto eröffnen**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Verheiratete Frauen dürfen ein Bankkonto eröffnen.

---



## **6. September 1953 – Ergebnis der Bundestagswahl 1953**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,2 Prozent [+ 14,2] und 249 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 29,8 Prozent der Stimmen [- 0,4] und 162 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 2,4] und 53 Sitze. Die DKP scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde. Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE zieht mit 5,9 Prozent und 27 Sitzen in den Deutschen Bundestag ein. Unter den 487 Abgeordneten befinden sich 129 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

---

## **1954 – Dr. Hermann Schüleln erhält das Große Verdienstkreuz**

Bonn \* Dr. Hermann Schüleln wird mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Ehrung würdigt seine herausragenden Leistungen als Unternehmer sowie seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur internationalen Reputation der deutschen Brauwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

---

## **17. Juli 1954 – Angela Merkel wird in Hamburg geboren**

Hamburg \* Angela Merkel, die spätere Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Hamburg geboren.

---

## **14. Oktober 1954 – Das Kindergeld ab dem 3. Kind wird eingeführt**

Bonn - Bundesrepublik Deutschland \* Das Kindergeld wird in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Es beträgt 25.- DM pro Monat und wird ab dem dritten Kind bezahlt.

---

## **20. Dezember 1955 – Anwerbeabkommen mit Italien**

Bundesrepublik Deutschland - Italien \* Zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung italienischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

---



### **1957 – Die höhere Besteuerung von berufstätigen Frauen wird abgeschafft**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Die Steuervorschrift, wonach berufstätige Ehefrauen höher besteuert - und damit „ins Haus zurückgeführt“ werden, wird aufgehoben.

---

### **17. Juni 1957 – Ein Bundesgesetz erweitert die Ladensöffnungszeiten**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Ein Bundesgesetz erweitert die Ladensöffnungszeiten am ersten Samstag im Monat bis 18.00 Uhr.

---

### **15. September 1957 – Ergebnis der Bundestagswahl 1957**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 50,2 Prozent [+ 5,0] und 277 Sitze. Die CSU kommt in Bayern auf 57,2 Prozent. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 31,8 Prozent der Stimmen [+ 3,0] und 181 Sitze. Die FDP bekommt 7,7 Prozent [- 1,8] und 43 Sitze. Die DKP tritt nicht zur Wahl an. Sie wurde im Vorjahr verboten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er kann mit der CDU/CSU mit absoluter Mehrheit regieren.

---

### **1958 – Ehefrauen dürfen ihren Wohnort erstmals selbst bestimmen**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Ehefrauen dürfen ihren Wohnort erstmals selbst bestimmen. Bis dahin hat der Ehemann dieses Vorrecht.

---

### **1959 – Das „Letztentscheidungsrecht“ des Vaters wird aufgehoben**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Das „Letztentscheidungsrecht“ des Vaters über die Kindererziehung wird aufgehoben.

---

### **29. März 1960 – Anwerbeabkommen für spanische Arbeitskräfte**

Bundesrepublik Deutschland - Spanien \* Zwischen Spanien und der Bundesrepublik Deutschland



wird ein „Abkommen zur Anwerbung spanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

---

### **30. März 1960 – Anwerbeabkommen für griechische Arbeitskräfte**

Bundesrepublik Deutschland - Griechenland \* Zwischen Griechenland und der Bundesrepublik Deutschland wird ein „Abkommen zur Anwerbung griechischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

---

### **9. August 1960 – Das Jugendarbeitsschutzgesetz verbietet die Kinderarbeit**

Bonn \* Kinderarbeit wird in der Bundesrepublik Deutschland durch das „Jugendarbeitsschutzgesetz“ generell verboten, indem es das Mindestalter für die Beschäftigung Jugendlicher auf 14 Jahre festlegt. Akkord- und Fließbandarbeit werden strikt untersagt.

---

### **10. April 1961 – Die ersten Kriegsdienstverweigerer leisten ihren Ersatzdienst**

Bundesrepublik Deutschland \* Die ersten Kriegsdienstverweigerer der Bundesrepublik treten ihren Ersatzdienst an.

---

### **18. September 1961 – Ergebnis der Bundestagswahl 1961**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,3 Prozent [- 4,9] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 36,2 Prozent der Stimmen [+ 4,4] und 203 Sitze. Die FDP bekommt 12,8 Prozent [+ 5,1] und 67 Sitze. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

---

### **Oktober 1961 – „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Deutschland**

Bundesrepublik Deutschland \* Die Single „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Deutschland unter dem Interpretennamen Tony & Sheridan & The Beat Brothers.

---





### **31. Oktober 1961 – Anwerbeabkommen mit der Türkei**

Bundesrepublik Deutschland-Bonn - Ankara \* Zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland wird das „Abkommen zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

---

### **25. Dezember 1962 – Einweihung des neuen Cirkus-Krone-Baus**

München-Maxvorstadt \* Carl und Frieda Sembach-Krone haben in achtmonatiger Bauzeit den alten provisorischen Zirkus-Holzbau an der Marsstraße durch einen Steinbau ersetzen lassen. Das einzige feste Zirkusgebäude in der Bundesrepublik Deutschland fasst 3.000 Personen.

---

### **1963 – Ein Anwerbeabkommen mit Marokko abgeschlossen**

Bundesrepublik Deutschland - Marokko \* Zwischen Marokko und der Bundesrepublik Deutschland wird ein „Abkommen zur Anwerbung marokkanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

---

### **24. August 1963 – Die Fußball-Bundesliga startet**

Bundesrepublik Deutschland \* Die Fußball-Bundesliga, die höchste Spielklasse des deutschen Fußballs, startet.

---

### **15. Oktober 1963 – Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

---

### **16. Oktober 1963 – Ludwig Erhard wird neuer Bundeskanzler**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Ludwig Erhard [CDU] wird zum neuen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

---



### **16. Dezember 1963 – Ein Anwerbeabkommen mit [Süd-] Korea abgeschlossen**

Bundesrepublik Deutschland - Seoul \* Zwischen [Süd-] Korea und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung koreanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen. In der Vereinbarung wird die vorübergehende Beschäftigung von koreanischen Bergarbeitern im westdeutschen Steinkohlenbergbau geregelt. Ziel der Beschäftigung ist es, „die beruflichen Kenntnisse der koreanischen Bergarbeiter zu erweitern und zu vervollkommen“.

---

### **1964 – Anwerbeabkommen mit Portugal**

Bundesrepublik Deutschland - Portugal \* Zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung portugiesischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

---

### **5. März 1964 – Die einzige deutschsprachige Single der Beatles erscheint**

Bundesrepublik Deutschland \* Die deutschsprachige Single „Sie liebt Dich“ und „Komm gib mir Deine Hand“ der Beatles wird veröffentlicht.

---

### **23. Juli 1964 – „A Hard Day’s Night“ kommt in Deutschland in die Kinos**

Bundesrepublik Deutschland \* Der synchronisierte Beatles-Film „A Hard Day’s Night“ kommt in Deutschland unter dem Titel „Yeah, Yeah, Yeah“ in die Kinos.

---

### **27. November 1964 – „Beatles For Sale“ wird veröffentlicht**

Bundesrepublik Deutschland \* „Beatles For Sale“ wird rechtzeitig vor Weihnachten in Deutschland zum Kauf angeboten. Sie enthält acht Lennon/McCartney-Songs und sechs Cover-Versionen

---

### **1965 – Ein Anwerbeabkommen mit Tunesien abgeschlossen**



Tunis - Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Zwischen Tunesien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung tunesischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

## 21. Mai 1965 – Die Queen in München

München \* Die englische Königin und ihr Ehemann Prinz Philip treffen im Rahmen ihrer Deutschlandreise bei eher kühlem Frühlingswetter in München ein. Ihr Aufenthalt dauert 14 Stunden. Lange genug, um in den Straßen der Landeshauptstadt eine wahre Volksfeststimmung herrschen zu lassen. Hunderttausende säumten die Straßen und bereiteten der freundlich lächelnden und jugendlich wirkenden Queen bei ihrer Fahrt im offenen Wagen frenetische Ovationen. Ministerpräsident Alfons Goppel drückte diese Stimmung mit den Worten aus: „Die Herzen des bayerischen Volkes schlagen Eurer Majestät entgegen!“ Die Bayern widersetzten sich allen von oben erlassenen Anordnungen zum Aufenthalt der Queen und gestalteten den Besuch weitgehend nach ihrem eigenen Willen. Die Staatsregierung reizte mal wieder alle Möglichkeiten aus, um vor der Weltöffentlichkeit ihr ausgeprägtes weiß-blaues Staatsbewusstsein zu zelebrieren und mithilfe von Zeremoniell und Symbolik souveräne Staatlichkeit zu beweisen. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl der Bundespräsident Heinrich Lübke dies der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die königlichen Gäste von der Insel mussten sich alle Strophen der „Bayern-Hymne“ anhören, was Prinz Philip zur Bemerkung hinreißen lässt: „Oh, ein ganzes Konzert.“ Wegen der „Bayern-Hymne“ schlitterte die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Der bayerische Ministerpräsident riskierte wegen seines Trotzes ein Verfahren wegen „separatistischer Machenschaften“. Letztlich stärkte der Queen-Besuch nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Popularität des Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

## 21. Mai 1965 – Mit der „Bayern-Hymne“ knapp an der Staatskrise vorbei

München \* Wegen der „Bayern-Hymne“ schlittert die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl dies Bundespräsident Heinrich Lübke der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die Gäste müssen sich alle Strophen anhören. Verwundert bemerkt Prinz Philip: „Oh, ein ganzes Konzert“. Und Bundespräsident Heinrich Lübke tobt.



### **19. September 1965 – Ergebnis der Bundestagswahl 1965**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Ludwig Erhard 47,6 Prozent [+ 2,3] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 39,3 Prozent der Stimmen [+ 3,1] und 217 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 3,3] und 50 Sitze. Ludwig Erhard [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

---

### **16. Dezember 1965 – Die deutsche Uraufführung des Beatles-Films „Hi-Hi-Hilfe!“**

Bundesrepublik Deutschland \* Der Beatles-Film „Help!“ startete unter dem Titel „Hi-Hi-Hilfe!“ in den deutschen Kinos.

---

### **17. September 1966 – Die erste Folge des Raumschiffes Orion wird ausgestrahlt**

München - Bundesrepublik Deutschland \* Um 20:15 Uhr sendet das Erste deutsche Fernsehen die erste Folge von „Raumpatrouille - Die phantastischen Abenteuer des Raumschiffes Orion“. Ab dann können die Bundesbürger dieses „Märchen von übermorgen“ jeden zweiten Samstag bewundern. Der Start der Orion ist der Höhepunkt der Tricktechnik. Er wird auf den noch mit Granitplatten belegten Königsplatz gedreht und anschließend verfälscht.

---

### **30. November 1966 – Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück**

Bonn \* Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

---

### **1968 – Anwerbeabkommen mit Jugoslawien**

Bundesrepublik Deutschland - Jugoslawien \* Zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung jugoslawischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

---

### **28. September 1969 – Ergebnis der Bundestagswahl 1969**



Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 46,1 Prozent [- 1,5] und 250 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 42,7 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 6,8 Prozent [- 3,7] und 31 Sitze. Die NPD scheitert mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Willy Brandt [ SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

## **1. Januar 1970 – Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter wird eingeführt**

Bundesrepublik Deutschland • Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter wird eingeführt.&nbsp;

## **31. Juli 1970 – Das aktive Wahlrecht wird von 21 auf 18 Jahre gesenkt**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Durch eine Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird das aktive Wahlrecht für die Bundestagswahl von 21 auf 18 Jahre gesenkt.

## **29. November 1970 – Der erste „Tatort“**

Bundesrepublik Deutschland • Der erste „Tatort“-Krimi wird im ARD gezeigt. Es ist der Hamburger Fall „Taxi nach Leipzig“.

## **29. September 1971 – Die BRD erhält ihr erstes Umweltprogramm**

Bonn \* Die Bundesrepublik Deutschland erhält ihr erstes Umweltprogramm. Bundeskanzler Willy Brandt spricht von „Existenzfragen der Menschheit“. Damit wird der Grundstein gelegt für nahezu alle großen Umweltgesetze, von der Luftreinhaltung über die Klärung von Abwässern bis hin zum Umgang mit wachsenden Abfallmengen. Das Verursacherprinzip findet Eingang in die deutsche Gesetzgebung, es lässt diejenigen für Umweltschäden haften, die sie verbockt haben.

Fuß fasst auch das Vorsorgeprinzip, demzufolge der Staat einschreiten muss, ehe Probleme entstehen.

## **19. November 1972 – Ergebnis der Bundestagswahl 1972**



Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Willy Brandt 45,8 Prozent [+ 3,1] und 242 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel erringt 44,9 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 234 Sitze. Die FDP bekommt 8,4 Prozent [+ 2,6] und 42 Sitze. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

## **1974 – Die deutsche Staatsbürgerschaft jetzt auch für Kinder deutscher Mütter**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Kinder deutscher Mütter können jetzt auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Bis dahin konnten das nur Kinder deutscher Väter. Erkannte zum Beispiel ein amerikanischer Soldat das Kind mit seiner deutschen Freundin nicht an, war das Kind „staatenlos“.

## **2. April 1974 – Das Betteln wird deutschlandweit erlaubt**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Der Paragraf 361 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches wird gestrichen und damit das Betteln deutschlandweit erlaubt. Bis dahin wird, „wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt“ mit 500 Mark oder einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen verurteilt.

## **6. Mai 1974 – Willy Brandt erklärt seinen Rücktritt als Bundeskanzler**

Bonn \* Willy Brandt erklärt seinen Rücktritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Grund ist die Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume, der als Referent für Parteiangelegenheiten einer der engsten Mitarbeiter von Willy Brandt gewesen ist. Dies ist auf eine Fahrlässigkeit innerhalb der Bundesregierung zurückzuführen. Denn Guillaume stand bereits seit über einem Jahr im Verdacht, Spionage zu betreiben.

## **16. Mai 1974 – Helmut Schmidt wird 5. Bundeskanzler der BRD**

Bonn \* Nach dem Rücktritt von Willy Brandt wird Helmut Schmidt [SPD] zum 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die größten Herausforderungen während seiner Amtszeit sind die weltweite Wirtschaftsrezession und die Ölkrisen der 1970er Jahre, die die Bundesrepublik unter seiner Führung besser überstand als die meisten anderen



Industriestaaten.

---

### **1975 – Das Kindergeld gibt's jetzt auch fürs erste Kind**

Bonn - Bundesrepublik Deutschland \* Das Kindergeld gibt's jetzt auch fürs erste Kind. Es beträgt je 194.- DM für das erste und zweite Kind, 200.- DM für das dritte und 225.- DM für jedes weitere Kind.&nbsp;

---

### **August 1976 – Die CSU wirbt mit dem Slogan: „Freiheit oder Sozialismus“**

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern \* Bei der Bundestagswahl 1976 steht die Parole „Freiheit statt Sozialismus“ bei der CDU im Vordergrund. Die CSU ändert den Slogan in „Freiheit oder Sozialismus“ ab.

---

### **1977 – Die DWK wird gegründet**

Bundesrepublik Deutschland \* Zwölf Energieversorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreiber gründen die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Sie erhält den Auftrag, eine große Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik zu planen und zu errichten.

---

### **1977 – Die Suche nach einem Standort beginnt**

Bundesrepublik Deutschland \* Als mögliche Standorte für die Wiederaufarbeitungsanlage werden unter anderem Wangershausen in Hessen, Kaisersesch sowie Hambuch und Illerich in Rheinland-Pfalz und Dragahn in Niedersachsen untersucht. Die Planungen scheitern vor allem am Widerstand der Bevölkerung und an politischen Vorbehalten.

---

### **1977 – Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen. Bis dahin musste der Ehemann diesem Wunsch zustimmen. Voraussetzung war, dass sie ihre „häuslichen Pflichten“ nicht vernachlässigte.

---



### **1977 – Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen. Bis dahin musste der Ehemann diesem Wunsch zustimmen. Voraussetzung war, dass sie ihre „häuslichen Pflichten“ nicht vernachlässigte.

---

### **1977 – Die Pflicht der Ehefrau, „den Haushalt zu führen“, entfällt.**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Die Pflicht der Ehefrau, „den Haushalt zu führen“, entfällt.

---

### **5. Mai 1977 – Ludwig Erhard stirbt in Bonn**

Bonn \* Ludwig Erhard, der ehemalige Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, stirbt in Bonn.

---

### **1978 – Frauen können in Bundesländern Schutzpolizistinnen werden**

Bundesrepublik Deutschland \* Frauen können in den ersten Bundesländern Schutzpolizistinnen werden.

---

### **1982 – Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 148 Liter**

Bundesrepublik Deutschland \* Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 148 Liter.

---

### **8. Februar 1982 – „Skandal um Rosie“ acht Wochen auf Platz eins**

Bundesrepublik Deutschland \* Das Lied „Skandal um Rosie“ von der bayerischen Rock'n'Roll-Band Spider Murphy Gang erreichte den Platz eins der deutschen Single-Charts. Er bleibt insgesamt acht Wochen auf Platz auf dem ersten Platz.

---

### **1. Oktober 1982 – Helmut Kohl wird Bundeskanzler**





Bonn \* Helmut Kohl wird durch ein Konstruktives Misstrauensvotum zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er leitet eine Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

### **17. Dezember 1982 – Auf vorgezogene Neuwahlen verständigt**

Bonn - Bundesrepublik Deutschland \* Durch eine bewusst verlorene Vertrauensfrage werden Neuwahlen für den Deutschen Bundestag ausgelöst. CDU/CSU und FDP hatten sich schon zuvor auf die Durchführung von vorgezogenen Neuwahlen verständigt.

### **7. Februar 1983 – Eine Pershing II-Rakete statt dem Friedensengel**

München-Haidhausen \* Während der Friedensengel renoviert wird und sein Platz auf der Säule leer ist, setzt die „Initiative für die totale Nachrüstung“ eine vier Meter lange Attrappe einer Pershing II-Rakete auf den leeren Sockel der Säule in 23 Metern Höhe. Sie steht dort genau zwei Stunden und fünfzehn Minuten, bevor sie behördlich entfernt wird. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs und Störung der Allgemeinheit auf und bittet die Münchner Bevölkerung um Mithilfe. Rechtzeitig vor der geplanten Aufstellung der Pershing II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stellt die Polizei ein für alle mal klar, was juristisch von den hierfür Verantwortlichen zu halten ist: „Sie sind Kriminelle.“

### **6. März 1983 – Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler einer CDU/CSU/FDP-Koalition**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 10. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 48,8 Prozent der Stimmen [+ 4,3] und 255 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel erringt 38,2 Prozent [- 4,7] und 202 Sitze. Die FDP bekommt 7,0 Prozent [- 3,6] und 35 Sitze. Die Grünen kommen mit 5,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 4,1] und 28 Sitzen erstmals in den Deutschen Bundestag.

Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

### **25. Januar 1987 – Ergebnis der Bundestagswahl 1987**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 11. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 44,3 Prozent [- 4,5] und 234 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau erringt 37,0 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 193



Sitze. Die FDP bekommt 9,1 Prozent [+ 2,1] und 48 Sitze. Die Grünen kommen mit 8,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,7] und 44 Sitzen in den Deutschen Bundestag. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

---

### **9. März 1988 – Kurt Georg Kiesinger stirbt in Tübingen**

Tübingen \* Kurt Georg Kiesinger, der ehemalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, stirbt in Tübingen.

---

### **Dezember 1988 – Wirtschaftliche Zweifel am WAA-Projekt wachsen**

Bundesrepublik Deutschland \* Innerhalb der Energiewirtschaft nehmen die Zweifel an Kosten, Zeitplan und Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage zu. Verzögerte Genehmigungsverfahren, gerichtliche Entscheidungen, technische Änderungen und steigende Baukosten belasten das Projekt. Die ursprünglich vorgesehene Inbetriebnahme rückt in immer weitere Ferne und erscheint frühestens in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre realistisch. Gleichzeitig gewinnt die kostengünstigere Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in bereits bestehenden Anlagen im französischen La Hague und im britischen Sellafield an Attraktivität. Damit gerät zunehmend auch die wirtschaftliche Grundlage einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage infrage.

---

### **Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf**

Bundesrepublik Deutschland \* Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

---



### **3. Oktober 1990 – Die deutsche Wiedervereinigung**

Bundesrepublik Deutschland \* Die deutsche Wiedervereinigung.

---

### **2. Dezember 1990 – Ergebnis der Bundestagswahl 1990**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Die Bundestagswahl 1990 steht massiv unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Bei der Wahl zum 12. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 43,8 Prozent [- 0,5] und 319 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erringt 33,5 Prozent der Stimmen [- 3,5] und 239 Sitze. Die FDP bekommt 11,0 Prozent [+ 1,9] und 79 Sitze. Die Grünen kommen auf 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 4,5] und ziehen deshalb nicht in den Deutschen Bundestag ein. Die PDS erkämpft nur 2,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Es ist aber vor der Wahl vereinbart worden, dass es genügt, nur in einem der beiden Wahlgebiete diese Klausel zu überspringen. Und das gelingt der PDS in den neuen Bundesländern unproblematisch. Die Partei erhält dadurch 17 Sitze. Das Gleiche gilt für die nur in der ehemaligen DDR antretendem Bündnis 90. Es erhält nur 1,2 Prozent vom Stimmenanteil, zieht aber mit acht Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

---

### **3. Dezember 1990 – Die Grünen und das Bündnis 90 schließen sich zusammen**

Bundesrepublik Deutschland \* Die westdeutschen Grünen und das ostdeutsche Bündnis 90 schließen sich zum Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammen.

---

### **8. Oktober 1992 – Willy Brandt stirbt in Unkel**

Unkel \* Willy Brandt, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie SPD-Vorsitzende, stirbt in Unkel.

---

### **16. Oktober 1994 – Ergebnis der Bundestagswahl 1994**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 13. Bundestag erhält die CDU/CSU

---



mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 41,4 Prozent [- 2,4] und 294 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping erringt 36,4 Prozent der Stimmen [+ 2,9] und 253 Sitze. Die FDP bekommt 6,9 Prozent [- 4,1] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,2]. Die PDS erkämpft nur 4,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Aufgrund der Grundmandatsklausel zieht die Partei trotzdem mit 30 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird erneut Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

### **1996 – Die Zahl der Falkner in Deutschland liegt bei etwa 2.000**

Bundesrepublik Deutschland \* Die Zahl der Falkner in Deutschland liegt bei etwa 2.000.

### **20. Februar 1998 – Im Freistaat Bayern wird die Todesstrafe offiziell abgeschafft**

München \* Im Freistaat Bayern wird die Todesstrafe abgeschafft. Bis dahin heißt es im Artikel 47 der Bayerischen Verfassung: „Der Vollzug der Todesstrafe bedarf der Bestätigung der Staatsregierung.“ Zum Glück hat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Todesstrafe bereits im Jahr 1949 beseitigt.

### **1. Mai 1998 – Von 0,8 auf 0,5 Promille herabgesetzt**

Bundesrepublik Deutschland \* Die Promillegrenze für Verkehrsteilnehmer wird von 0,8 auf 0,5 Promille herabgesetzt.

### **4. Mai 1998 – Der Kranzgeldparagraph wird gestrichen.**

Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Der sogenannte Kranzgeldparagraph wird gestrichen. Als Kranzgeld bezeichnet man bis dahin eine finanzielle Entschädigung, die eine Frau von ihrem ehemaligen Verlobten fordern kann, wenn sie auf Grund eines Eheversprechens ihre Jungfräulichkeit verloren hat, und er anschließend das Verlöbnis löst. Gleiches gilt übrigens auch für neuverlobte Witwen.

### **27. September 1998 – Ergebnis der Bundestagswahl 1998**



Bundesrepublik Deutschland - Bonn \* Bei der Wahl zum 14. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 35,1 Prozent [- 6,3] und 245 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder erringt 40,9 Prozent der Stimmen [+ 4,5] und 298 Sitze. Die FDP bekommt 6,2 Prozent [- 0,7] und 43 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 6,7 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,6]. Die PDS erkämpft 5,1 Prozent der Stimmen [+ 0,7] und mit 36 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

### **2000 – „Aufbrezeln“ steht im Duden**

Bundesrepublik Deutschland \* Das Verb „aufbrezeln“ wird in den Duden aufgenommen und gehört damit offiziell zum Wortschatz des Standarddeutschen. Es bedeutet „sich besonders schick machen“, „sich herausputzen“ oder „sich geschniegelt präsentieren“ und hat seinen Ursprung im bairisch-österreichischen Sprachraum. Mit der Aufnahme in den Duden findet eine ursprünglich regionale Redewendung bundesweite Anerkennung und etabliert sich endgültig als Bestandteil der deutschen Standardsprache.

### **22. September 2002 – Ergebnis der Bundestagswahl 2002**

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 15. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 38,5 Prozent [- 2,4] und 251 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber erringt ebenfalls 38,5 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 248 Sitze. Die FDP bekommt 7,4 Prozent [+ 1,2] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 1,9]. Die PDS erkämpft 4,0 Prozent der Stimmen [- 1,1] und zieht - durch die direkt gewonnenen Berliner Wahlkreise - lediglich mit zwei Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

### **9. Oktober 2002 – Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 steht fest**

Bundesrepublik Deutschland - Berlin \* Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 wird bekannt gegeben. SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN können zusammen 577.000 mehr Wähler als CDU/CSU und FDP für sich gewinnen.



## **18. September 2005 – Ergebnis der Bundestagswahl 2005**

Bundesrepublik Deutschland - Berlin \* Bei der Wahl zum 16. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 34,2 Prozent [- 4,3] und 222 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrer Kanzlerkandidatin Angela Merkel erringt 35,2 Prozent der Stimmen [- 3,3] und 226 Sitze. Die FDP bekommt 9,8 Prozent [+ 2,4] und 61 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,5] und 51 Sitze. Die PDS erkämpft 8,7 Prozent der Stimmen [+ 4,7] und zieht mit 54 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin in einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

## **7. Juni 2009 – Europawahl**

Bundesrepublik Deutschland \* Die Deutschen wählen ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament. Im bayerischen Europawahlkampf gehört die Debatte um das angebliche EU-„Brezenverbot“ zu den bekanntesten Themen. Mit Warnungen vor einer Brüsseler Vorschrift zum Salzgehalt von Brezen und Brot macht die CSU die geplanten EU-Nährwertprofile zum Symbol für eine vermeintliche Überregulierung durch die Europäische Union. Tatsächlich geht es bei den geplanten Nährwertprofilen ausschließlich um die Voraussetzungen für gesundheitsbezogene Werbeaussagen – nicht um die Herstellung, Rezeptur oder den Verkauf von Brezen.

## **2011 – Nur noch 60 Prozent Christen in Deutschland**

Bundesrepublik Deutschland \* Der Anteil der Christen an der Bevölkerung in Deutschland sinkt innerhalb von fünf Jahren um drei Prozent. Die evangelischen Kirchenmitglieder sinken in diesem Zeitraum um gut zwei Millionen auf 23,6 Millionen. Die Zahl der Katholiken sinkt um gut 1,5 Millionen auf 24,5 Millionen. Von rund 80 Millionen Bewohnern Deutschlands sind nur mehr 48,1 Millionen christlichen Glaubens. Das sind sechzig Prozent.

## **2011 – Bierverbrauch sinkt um 37 Prozent gegenüber 1980**

Bundesrepublik Deutschland \* Der durchschnittliche Bierverbrauch liegt in Deutschland nur noch bei 106,6 Liter. Zum Vergleich: 1980 waren es noch 145,9 Liter. Das ist ein Rückgang von rund 37 Prozent.



## **2012 – In Deutschland gibt es über 1.300 Brauereien**

Bundesrepublik Deutschland \* In Deutschland setzen die mehr als 1.300 Brauereien rund 96 Millionen Hektoliter Bier ab.

---

## **2013 – Der Bayer trinkt im Jahr immerhin 135 Liter Bier**

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern \* In Deutschland gibt es 1.340 Brauereien. Davon befinden sich 622 in Bayern, alleine 163 in Oberfranken, womit die Region rund um Bayreuth und Hof Nummer eins in Bayern ist. Die bayerischen Brauereien haben 22 Millionen Hektoliter Bier verkauft. 4,4 Millionen Hektoliter sind in den Export gegangen, ein Rekordergebnis. Gerade die Chinesen trinken sehr gerne und immer mehr Bier aus Bayern. Während in ganz Deutschland immer weniger Bier verkauft wird, kann in Bayern der Absatz noch um 0,7 Prozent gesteigert werden. Im Jahr 2013 trinkt jeder Deutsche im Durchschnitt 108 Liter. Der Bayer schafft immerhin 135 Liter. Der unangefochtene europäische Biertrink-Spitzenreiter ist Tschechien, gefolgt von Deutschland und Österreich.

---

## **22. September 2013 – Ergebnis der Bundestagswahl 2013**

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 18. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 41,5 Prozent [+ 7,7] und 311 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 2,7] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 4,8 Prozent [- 9,8] und scheitert damit an der Fünf-Prozent-Hürde. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,4 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 2,3] und 63 Sitze. Die PDS erkämpft 8,6 Prozent der Stimmen [- 3,3] und zieht mit 64 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

---

## **31. Dezember 2013 – Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmuddel-Image ablegen**

Bundesrepublik Deutschland \* Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmuddel-Image ablegen und sich erfolgreich zum modernen Dienstleister weiterentwickeln. Die deutsche Pfandkreditbranche gibt in dem umsatzschwachen Jahr 2013 rund 630 Millionen Euro an Krediten aus. Inzwischen nehmen immer mehr Menschen die Dienste der Leihhäuser in Anspruch, da, anders als bei den immer weniger an Privatkunden interessierten Banken, den

---





Pfandhäusern auch Menschen willkommen sind, die nur kleine Darlehen brauchen. Bei kurzen Laufzeiten ist ein Pfandkredit meist günstiger als ein Bankdarlehen. Zudem wird im Leihhaus kein Lohnnachweis verlangt und die Verhandlungen dauern oft keine zwei Minuten. Pro Monat werden bei Pfandkrediten ein Prozent Zinsen fällig, zuzüglich einer Gebühr, die sich nach der Höhe des Kredits richtet. Mit einem Pfandkredit werden oft unvorhersehbare Ausgaben - wie eine Steuernachzahlung - finanziert oder die Darlehen müssen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten einfach für die laufenden Ausgaben erhalten. Wird der Kredit nach Ende der Laufzeit nicht verlängert und das Pfand nicht ausgelöst, kommt es zur Versteigerung. Findet sich dort auch kein Interessent, versuchen die Pfandhausbesitzer diese über ihre Läden zu verkaufen. Ist der Erlös höher als der Darlehensbetrag plus Zinsen, entsteht ein Überschuss, der aber ausschließlich dem Kunden zusteht. Wenn dieser ihn nicht einfordert, wird das Geld nach zwei Jahren an den Staat abgeführt. Allerdings werden nur 6,5 Prozent der Pfänder nicht mehr ausgelöst.

### **2014 – Brauereien und Bierabsatz**

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern \* In Deutschland gibt es insgesamt 1.352 Brauereien. Davon befinden sich 616 Braustätten in Bayern. Der Bierabsatz liegt in Deutschland bei 95.620.000 Hektoliter. Auf Bayern entfallen davon 23.131.000 Hektoliter.

### **24. September 2017 – Große Verluste der etablierten Parteien bei der Bundestagswahl 2017**

Bundesrepublik Deutschland - Berlin \* Bei der Wahl zum 19. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 32,9 Prozent [- 8,6] und 240 Sitze [- 71]. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Schulz erringt 20,8 Prozent der Stimmen [- 4,9] und 152 Sitze [- 41]. „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ kommen auf 9,0 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 0,6] und 66 Sitze [+ 3]. Die FDP bekommt 10,4 Prozent [+ 5,6] und erreicht damit 76 Sitze. Die Linke erkämpft ebenfalls 9,0 Prozent der Stimmen [+ 0,4] und zieht mit 66 Abgeordneten [+ 2] in den Deutschen Bundestag ein. Der große Siegerin der Bundestagswahl ist die Alternative für Deutschland - AfD mit 13,0 Prozent [+ 8,3] und 95 Sitzen. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

### **30. Mai 2021 – Alle Bundesländer erreichen Inzidenz unter 50**

Bundesrepublik Deutschland \* In allen deutschen Bundesländern ist der Sieben-Tage-Inzidenzwert auf unter 50 gerutscht, nachdem auch Thüringen mit 47,5 unter dieser





Marke liegt. Bundesweit liegt der Wert bei 35,2. München hat - trotz leichten Anstiegs - die Marke von 30,7 erreicht.

---

## **26. September 2021 – SPD gewinnt Bundestagswahl 2021**

Bundesrepublik Deutschland - Berlin \* Bei der Wahl zum 20. Bundestag erhält die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 5,2] und 206 Sitze.

CDU/CSU mit Armin Laschet als Kanzlerkandidat kommen auf 24,1 Prozent [- 8,9] und 196 Sitze.

Bündnis 90/Die Grünen erhalten mit ihrer Kanzlerkandidatin Analena Baerbock 14,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 5,9] und 118 Sitze. Die FDP bekommt 11,5 Prozent [+ 0,8] und erreicht damit 92 Sitze. Die Alternative für Deutschland - AfD erhält 10,3 Prozent [-2,3] und 83 Sitze. Die Linke erkämpft lediglich 4,9 Prozent der Stimmen [-4,3] und zieht aufgrund von Überhang- und Direktmandaten mit 39 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Der Südschleswigsche Wählerverband - SSW erhält 1 Mandat. Der Anteil der Frauen bei den Abgeordneten beträgt 35 Prozent. Die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und AfD stellen sich als besonders männerlastig dar.

---